

und andere Kanäle verbreitete Dekadenz, Unkultur und Fäulnis beleben das alte Bewußtsein, die alten Gewohnheiten und Verhaltensweisen der Menschen und erschweren den Kampf gegen die Kriminalität. Die Pflicht aller Bürger ist es, dem Eindringen feindlicher Anschauungen und Sitten in unser Land zu wehren und der Dekadenz und Unmoral entschieden entgegenzutreten.

Für die Mitarbeiter der Organe der Rechtspflege kommt es deshalb darauf an, das scharfe Schwert unseres sozialistischen Strafrechts in erster Linie gegen die Verbrechen des Klassenfeindes und andere schwere Verbrechen zu richten. Und doch geht es auch um anderes: Wir müssen die Axt auch an die Wurzel asozialen Verhaltens legen, damit die entstandenen neuen sozialistischen Beziehungen überall voll zum Tragen kommen. Dabei geht es auch um die Entwicklung der Erkenntnis, daß jeder Bürger unseres Staates Verantwortung zu tragen hat, damit alles getan wird, daß sich jeder an seinem Platz für die Stärkung des Sozialismus einsetzt, daß niemand zurückbleibt und allen feindlichen und rückständigen Einflüssen der Zugang in die Köpfe unserer Menschen versperrt wird.

Genossinnen und Genossen! Heute arbeiten in unserer Republik Zehntausende Bürger an der Ausgestaltung der Rechtspflege mit und leisten einen beachtlichen Beitrag im Kampf gegen Straftaten und andere Gesetzesverletzungen. Es erhebt sich nun die Frage: Wie kann diese große gesellschaftliche Kraft noch wirkungsvoller zur Verhinderung von Straftaten eingesetzt werden? Wir müssen diese Frage so stellen, weil wir ganz offensichtlich an einem Punkt angelangt sind, wo weitere wirksame Schritte bei der Vorbeugung vor Straftaten nur in einer breiten Gemeinschaftsarbeit erzielt werden können. An dieser Gemeinschaftsarbeit müssen die Organe der Rechtspflege, staatliche, wirtschaftsleitende und gesellschaftliche Organe und Organisationen sowie Wissenschaftler beteiligt werden. Gute Ergebnisse werden heute bereits dort erzielt, wo die Volksvertretungen konkrete und kontrollierbare Beschlüsse zur vorbeugenden Arbeit angenommen und mit ihrer Realisierung begonnen haben. Jetzt kommt es mehr denn je darauf an, den Gesetzesverletzungen und den begünstigenden Bedingungen und Ursachen der Straftaten vorbeugend zu Leibe zu gehen. Das dürfen die Leiter der Betriebe und anderer Kollektive nicht als eine zusätzliche Leitungsaufgabe ansehen, sondern als einen immanenten Bestandteil ihrer Führungstätigkeit betrachten. Leider gibt es noch Leiter und Kollektive, die erst dann aktiv werden, wenn in ihren Bereichen etwas passiert ist. Eine solche abwartende Haltung darf nicht mehr länger ge-